

Klaus Holz, Jens Bisky | Interview | 27.02.2024

In der Sisypchos-Situation

Klaus Holz im Gespräch mit Jens Bisky über Antisemitismus nach dem 7. Oktober, den Definitions-Fetisch und antirassistischen Bankrott

Seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 sind wir Zeugen einer Welle antisemitischer Aktionen und Demonstrationen nahezu überall auf der Welt. Im Streit darüber beobachten wir nach meinem Eindruck auf der einen Seite zu viel Konzentration auf das Besondere und auf der anderen Seite zu grobe Verallgemeinerungen. Beides muss korrigiert werden. Besonders aufgefallen ist mir gleich im Oktober die Losung „Free Palestine from German Guilt“. Sie wurde auf Demonstrationen gerufen, stand an Brückenpfeilern und Häuserwänden in Berlin. In diesem Slogan wird vieles durcheinandergeworfen. Was hat die Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit mit dem nicht näher bestimmten Gebilde Palästina zu tun? Warum muss man es von der deutschen Vergangenheit befreien?

In der Tat vermischt die Parole Unterschiedliches, das auseinandergehalten werden sollte. Die Parole lässt notwendige Differenzierung vermissen. Was heißt, Palästina müsse von deutscher Schuld befreit werden? Nach meiner Wahrnehmung haben dies zunächst in Berlin lebende Israelis gerufen, schließlich aber auch palästinensische Menschen. Berücksichtigt man diesen Umstand, ergibt die Parole durchaus Sinn. Sie drückt die Kritik daran aus, dass die deutsche Diskussion über die Ereignisse des 7. Oktober letztlich von der deutschen Schuld geprägt ist und daher relevante Aspekte des Nahostkonflikts abgeschattet werden. Eine mögliche Deutung der Parole wäre: An der Schlussfolgerung aus der deutschen Geschichte und der Verantwortung für den Holocaust, sich pro-israelisch zu positionieren, wird in einer situativen Zuspitzung festgehalten, die zu Lasten Palästinas geht, weil alle anderen Gesichtspunkte verdeckt werden. So könnte man die Parole auffassen und über sie streiten. Es gibt jedoch einen zweiten Aspekt. Offenbar spielt die Parole auf die Rede vom „Schuldkult“ an. Und damit auf eine für die extreme Rechte zentrale Aussage, die darauf zielt, Deutschland von der Schuld zu befreien, nicht Palästina. Beides hängt zusammen. Wenn ich sage, Deutschland möge sich vom „Schuldkult“ emanzipieren, um einen anderen Blick auf Palästina zu bekommen, greife ich die geschichtsrevisionistische Forderung auf. Eine dritte Bemerkung kann ich mir nicht ersparen: „Free Palestine“ ist für sich schon problematisch: Wovon soll es befreit werden? Welches Palästina ist da gemeint? Dasjenige der Hamas?

Man könnte diese Losung auch anders deuten und sagen, sie sei scharf antisemitisch. Sie insinuiert die Forderung: Hört auf über den Holocaust zu reden und stellt Euch an die Seite der Palästinenser gegen Israel.

Zweifelsohne, das ist eine kaum zu vermeidende Deutung. Insgesamt scheint mir die Parole deshalb unzulässig, weil sie einen Angriff auf einen mühsam geführten und in der Bundesrepublik bis heute umkämpften Diskussionsprozess darstellt. Diese Auseinandersetzungen kreisen um verschiedene Grundsatzfragen: Was heißt Anerkennung der historischen Verantwortung? Was heißt Täterschaft? Welche Konsequenzen ziehen wir? Dieses Bündel aus sowohl historiografischen, das heißt empirischen, als auch normativen Problemstellungen einfach mit der Floskel „german guilt“ wegzuwischen, das geht nicht.

Sie forschen seit Jahren zum Antisemitismus gegen Israel, gerade ist im Wallstein-Verlag das Buch „Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft“ erschienen, das Sie gemeinsam mit anderen herausgegeben haben. Hat Sie die antisemitische Welle nach dem 7. Oktober überrascht?

Damit habe ich nicht gerechnet. Ich habe vor allem nicht für möglich gehalten, dass die Hamas zu einem solchen Terrorangriff in der Lage wäre. Das hat mich schockiert, ich war tagelang fassungslos. Nicht überrascht haben mich anti-israelische Kundgebungen an englischen und US-amerikanischen Universitäten, lediglich deren Ausmaß und deren Unverblümtheit fielen größer aus, als ich erwartet hätte. Den akademischen, linken Antisemitismus haben etwa Sina Arnold und Peter Ullrich schon vor einiger Zeit genauer analysiert. Der linke antirassistische Diskurs um Israel ist ein Schlüsselproblem. Seit Jahrzehnten wird in diesem Zusammenhang Israel ausschließlich aus antirassistischer, antikolonialer Perspektive betrachtet und erscheint dann immer als der Erpresser, als ein Kolonialstaat, als der „weiße Staat“. Und nun dient dieses Zerrbild dazu, selbst das Hamas-Massaker zu entschuldigen, zu rechtfertigen. Dabei sind derart exzessive Gewaltpraktiken durch nichts zu legitimieren. Vergleichbare antiisraelische Aktionen haben auch in Deutschland stattgefunden. Sie lassen sich in keinem Fall schönreden, haben allerdings ein viel geringeres Ausmaß als die in meinen Augen – vermeintlich – linken Umtriebe auf den Elite-Universitäten der Vereinigten Staaten.

Haben Sie eine Erklärung für die gewaltige antiisraelische Stimmungsmache dort?

Das ist nicht sehr schwer zu verstehen. Aufgrund der Geschichte des Landes muss sich eine

Linke in den USA als antiimperialistische und antirassistische Kraft verstehen. Betrachte ich den Nahost-Konflikt durch diese Brille, scheint sofort alles klar, dann drängen sich antirassistische und antikolonialistische Begriffe auf, „Apartheid-Staat“ und dergleichen. Es scheint auf der Hand zu liegen, wer in diesem Konflikt der Starke ist und wer der Schwache. Signifikant ist für solche Sichtweisen die antirassistische Grundhaltung. Doch lässt sich der Nahostkonflikt und Israels Rolle in ihm unter antirassistischer Perspektive nicht angemessen verstehen.

Warum nicht?

Weil es sich um zwei grundverschiedene Dinge handelt. Der Antisemitismus ist keine Spielart des Rassismus. Zwar wird diese Behauptung von antirassistischer Seite immer wieder aufgestellt, allerdings in der irrigen Annahme, damit sei das Problem erledigt: Wer behauptet, der Antisemitismus sei eine Unterart des Rassismus, muss sich als erklärter Antirassist nicht weiter mit antisemitischen Einstellungen und Rhetoriken beschäftigen. Judith Butler „argumentiert“ so. Doch liegt sie grundfalsch. Nehmen wir nur die zentrale Stereotype, die gegen Schwarze, People of Color und gegen Juden und Jüdinnen vorgebracht werden. Schwarze werden als minderwertig diskriminiert, gelten als sexuell überaktiv, unvernünftig zu höherer kultureller Leistung, als kriminell und dergleichen mehr. Juden hingegen wird vorgeworfen, eine geheimnisvolle Macht zu repräsentieren, die des Geldes. Angeblich dominiert diese Macht die Presse, die Medien, die öffentliche Meinung, sie soll auch hinter den großen Regierungen stecken und dort die Fäden ziehen. Offenkundig handelt es sich um völlig verschiedene Denkmodelle. Der Rassismus der letzten Jahrhunderte wurzelt bekanntlich im Kolonialismus, in der militärischen, ökonomischen, juristischen, kulturellen und sozialen, welterobernden Landnahme des Westens, inklusive der rücksichtslosen Ausbeutung von Rohstoffen und – nicht zu vergessen – des Sklavenhandels. Einen analogen Kontext gibt es für den Antisemitismus nicht, obwohl dieser so gewalttätig war wie der globale Kolonialismus. Fundamental für den Antisemitismus war und ist der christliche Antijudaismus, für den im weiten Spektrum diverser Rassismen keine Parallele existiert. Jedenfalls besaß der Rassismus keine fundamentale Bedeutung für die Entstehung des Neuen Testaments und des Christentums. Es handelt sich in der Tat also um völlig unterschiedliche Dinge. An der Oberfläche mögen gewisse Ähnlichkeiten und Berührungen zwischen Rassismus und Antisemitismus auffallen, etwa in der eklatanten Gewaltförmigkeit, auch dem Wunsch nach Ausgrenzung, den Praktiken der Stigmatisierung, das gilt für alle Vorurteile. Aber die These, der Antisemitismus sei eine Unterform von Rassismus, ist falsch, historisch wie systematisch. Sie ist angesichts der Fakten nicht zu halten. Ergo sind auch alle Folgerungen aus dieser

Scheinhese falsch. Wer sagt, Antirassismus sei immer schon Anti-Antisemitismus, bemüht letztlich eine Schutzbehauptung, um sich das komplexe Thema vom Hals zu halten. Dem Doppelcharakter Israels kann man auf diese Weise nicht gerecht werden. Zwar wird die koloniale Dimension, die zu Israel, zum Zionismus, gehört, identifiziert. Doch wird die andere Seite übersehen, wenn nicht geleugnet, dass nämlich das Projekt eines eigenen jüdischen Staates die Reaktion auf die jahrhundertlange andauernde Erfahrung des Antisemitismus darstellt. Der Zionismus ist nicht einfach ein koloniales Projekt, sondern ein Befreiungsnationalismus gegen den Antisemitismus. Israel ist nicht zu verstehen, wenn ich diese Seite – Reaktion auf jahrhundertlange Verfolgung, den Holocaust, Staat der Überlebenden – ignoriere. Wer diesen Doppelcharakter nicht zur Kenntnis nimmt, verfehlt die entscheidenden Momente. Selbst aus rein antirassistischer Perspektive gäbe es starke Gründe dafür, Israel die Legitimation nicht abzusprechen, ist es als Staatsgebilde doch das Resultat einer nationalen Befreiung, die eine über Jahrhunderte verfolgte Minderheit schließlich ins Werk gesetzt hat.

Das wird in antikolonialen Diskursen über Israel in der Regel komplett ausgeblendet. Die gegenwärtigen Reaktionen an den US-amerikanischen Universitäten sind die explizite Konsequenz dieser Logik. Und sie sind insofern immer auch Symptome intellektueller Bequemlichkeit, nein besser: Symptome des intellektuellen, politischen, moralischen, emotionalen Bankrotts. Wer sich den Ambivalenzen aussetzen würde, hätte es mit Widersprüchen zu tun, die nicht einfach aufzulösen sind. Aber die Akzeptanz von Ambivalenzen erschwert Identitätsbildung, die vollmundige Behauptung eines kollektiven, guten Wir. Daher liefert Israel für antirassistische Bewegungen einen geradezu paradigmatischen Fall, an dem sich die eigene antirassistische Entschlossenheit beweisen lässt. Allerdings ist es eine Entschlossenheit gegen die historischen wie systematischen Fakten, gegen eine politisch wie moralisch reflektierte linke Haltung.

Ist es nicht antisemitisch, sich zu diesem Zweck ausgerechnet das Beispiel Israels zu wählen?

Ja, in dem Moment, in dem man beginnt, die Ambivalenzen zu leugnen, steht man zumindest mit einem Bein im Feld des Antisemitismus. Und hat sich jedenfalls um alle Möglichkeit gebracht, gegen Antisemitismus zu opponieren – zumal auch im eigenen Kopf.

Wenn Sie sich an die Tage seit dem 7.10. erinnern, die grässlichen Attacken, die antisemitischen Aktionen, die Parolen vom „Kindermörder Israel“: Haben Sie neue Motive entdeckt oder handelt es sich im Grunde um das alte Repertoire?

Nein, nein, das ist alles nicht neu, die Motive sind alt. Der Kindermordvorwurf etwa geht zurück bis auf die christlichen Ritualmordbeschuldigungen. Und im islamistischen Bereich ist der Ruf „Kindermörder Israel“ auch schon seit langer Zeit eine gängige Parole – siehe beispielsweise die weitverbreitete iranische TV Serie „Zahras blaue Augen“. Dass die Hamas willens und in der Lage ist, Juden und Jüdinnen umzubringen, ist keineswegs neu. War vielmehr immer schon ihr Programm. Dass sie es in diesem Ausmaß kann, damit hat allerdings niemand ernstlich gerechnet. Das Massaker vom 7. Oktober ist der unmissverständliche Ausdruck eines absoluten Vernichtungswillens, und auch der durchzieht die Geschichte der Judenfeindschaft. Es ging nicht allein ums Töten, sondern um die Realisierung einer Auslöschungsfantasie über den körperlichen Mord hinaus.

Eines hat mich dann doch überrascht: das Abreißen von Fotos der Geiseln. Ist das so etwas wie Friedhofsschändung?

Ja, so kann man derartige Aktionen wahrnehmen. Da ist eine relativ kleine, jedoch besonders ekelhafte Gruppe aktiv, die meint, auf diese aparte Weise die Hamas unterstützen zu müssen. Das muss, wie ich finde, strafrechtlich verfolgt werden.

Man sollte sie vor Gericht stellen?

Unbedingt, wobei Antisemitismus als strafverschärfendes Moment entscheidend sein sollte. Mit der symbolischen Handlung des Grabschändens oder des Foto-Abreißens wird eine antisemitische Gewalttat ganz offensichtlich befürwortet. Will man es als Stellungnahme auffassen, steht eine solche Schändung jenseits der Meinungsfreiheit.

Sie haben, gemeinsam mit Thomas Haury ein Buch über „Antisemitismus gegen Israel“ geschrieben. Wie sinnvoll ist es heute noch, so genau hinzuschauen und zwischen verschiedenen Spielarten des Antisemitismus zu differenzieren. Haben wir es nicht mit einem großen, von Vernichtungswillen getragenen Syndrom zu tun? Wozu die Feindiagnose mit analytischem Präzisionsbesteck?

Nein, da kann ich nicht mitgehen. Von den vielen Gründen will ich zwei hervorheben. Der eine ist wissenschaftstheoretischer, wenn Sie so wollen, philosophischer Natur. Wenn ich das Besondere und/oder das Allgemeine bestimmen will, geht es immer um deren Verhältnis zueinander. Das Besondere gibt es nur, wenn ich ein Allgemeines annehme. Und umgekehrt. Das Allgemeine läuft nicht auf der Straße herum, das Besondere verliert seine Sinnzusammenhänge, wenn ich es vereinzele. Es stört mich in der wissenschaftlichen

Literatur seit Jahrzehnten, dass oft Besonderheiten behauptet werden, aber kaum etwas über das Allgemeine gesagt wird. Und vice versa. Damit drückt man sich um die Frage: Was ist eigentlich Antisemitismus? Was sind seine Besonderungen? Die Standardantwort ist die Aufzählung. Doch gewinnt man keinen Begriff von Obst, wenn es einfach bei der Auflistung von Apfel, Banane, Birne, etc. bleibt. Wird Begriffsbildung vermieden oder sogar blockiert, entsteht ein eklatantes Defizit. Es öffnet die Tür für alle möglichen, letztlich beliebigen Feld-, Wald- und Wiesenbehauptungen, beispielsweise über rassistischen Antisemitismus, über sekundären Antisemitismus, über Antijudaismus, usw., usf. ...

Und der zweite Grund, das analytische Feinbesteck hervorzuholen?

Der ist politisch enorm wichtig, auch für die Gegenwartseinschätzung. Wir sehen im Moment vor allem israelbezogenen Antisemitismus. Aber es gibt in Deutschland wie in anderen Ländern relevante Kräfte, deren Antisemitismus mit einer proisraelischen Position verbunden ist.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Denken Sie an die evangelikalen und katholischen Fundamentalisten, an große Teile der Neuen Rechten, in Ungarn, in Deutschland, in den USA. Die Neuen Rechten in Deutschland meiden bekanntlich israelbezogenen Antisemitismus. In deren Texten und Zeitschriften oder auf Facebook finden Sie allerdings einen voll ausformulierten weltanschaulichen Antisemitismus. Ihn hat der Verfassungsschutz in einem umfangreichen Gutachten nachgewiesen, das ausführliche Beweise liefert. Diese Rechte positioniert sich, um es noch einmal zu unterstreichen, explizit pro-israelisch. Ein Blick auf die AfD-Bundestagsfraktion genügt. Der berühmt-berüchtigte BDS-Beschluss kam ja deshalb zustande, weil die AfD einen Antrag in der erklärten Absicht eingebracht hatte, Israel schützen und den Antisemitismus bekämpfen zu wollen. In Reaktion auf ebendiese parlamentarische Initiative sahen sich die anderen Bundestagsfraktionen dann veranlasst, dem Parlament einen besseren Antrag in gleicher Sache vorzulegen.

Selbstverständlich gibt es weitere, sprechende Beispiele. Nehmen wir die Homepage des ungarischen Ministerpräsidenten. Dort kann man Reden Viktor Orbáns nachlesen, die den Antisemitismus ganz im Stil des späten 19. Jahrhunderts artikulieren, völlig ungebrochen. Dennoch wurde er als Staatsgast Israels offiziell in Yad Vashem empfangen. Auch diese Geste kennzeichnet Netanyahu und die Politik seines damaligen Kabinetts. Selbstverständlich gab es damals zivilgesellschaftliche Proteste in Israel. Empfangen wurde

Orbán in Yad Vashem aber, weil er sich – bei allem offen verlautbarten Antisemitismus – politisch pro-israelisch verhält.

Auch die Evangelikalen, ohne deren Voten die Republikaner nie wieder eine Präsidentenwahl in den USA gewinnen können, agieren demonstrativ pro-israelisch, koppeln ihre Bekenntnisse jedoch mit einem christlichen Antijudaismus buchstäblich fundamentaler Natur. All das würde aus dem Blick geraten, bliebe es bei dem kurzsichtigen Befund, das zentrale Problem sei der Israel-bezogene Antisemitismus. Im Effekt würde daraus erstens folgen, Antisemitismus sei allein ein Problem der Linken, der Islamisten und der Migrantinnen und Migranten aus arabischen Ländern. Und zweitens, dass 80 Prozent der bundesdeutschen Antisemiten aus dem Blick gerieten. Sie sind nämlich weder links noch migrantisch.

In der Forschung nennt man das entsprechende Phänomen den „Antisemitismus der Anderen“. Auf ihn kann ein Aiwanger dann publikumswirksam verweisen, hat also leichtes Spiel bei seiner hochgradigen Verzerrung der Antisemitismuskritik. Ihm wie anderen Stimmen, die ins gleiche Horn stoßen, ist aber zu entgegnen, dass eine Gefährdung der Demokratie durch antisemitische Kräfte in Deutschland sicherlich nicht von muslimischen Migranten ausgeht, sondern von Rechten, die sich gleichzeitig in pro-israelischen Lippenbekenntnissen üben.

Eine Variation dieser Figur – „Antisemitismus der Anderen“ – scheint mir auch die beliebte Rede vom „importierten Antisemitismus“, die impliziert, Grenzschießung und Abschiebung wären die besten Mittel der Antisemitismusbekämpfung.

Das würde ich auch so sehen. Es ist nicht nur hochgradig rassistisch, von „importiertem Antisemitismus“ zu sprechen, sondern in weiten Teilen auch sachlich falsch. Ein Großteil der Einwanderer, die etwa in Neukölln leben, gehört der zweiten oder dritten Generation an. Wenn sie jetzt antisemitisch agieren, haben sie ihren Antisemitismus nicht aus der Ferne mitgebracht, sondern hier, in diesem Land, in diesem Stadtteil, entwickelt. Übrigens gilt diese Beobachtung ja auch für viele Islamisierungsprozesse, die innerhalb dieser Generationen stattgefunden und zu veränderten Zugehörigkeitskonstruktionen geführt haben. Auch sie haben hier bei uns begonnen, sind also keineswegs Importprodukte. Also wäre doch zu fragen, warum die BRD eine Einwanderungsgesellschaft ist, die solche Radikalisierungsbiografien massenhaft zulässt.

Apropos Import. Korrekterweise müsste man von einem Re-Import sprechen, wurde der

europäische Antisemitismus doch im späten 19., vor allem aber im 20. Jahrhundert in den arabischen Raum exportiert. Insofern schickt man sich mit der Formel vom „importierten Antisemitismus“ ein weiteres Mal an, in den Anderen, den Fremden, den angeblich Nicht-Dazugehörigen, das eigentliche Problem auszumachen. Nach meinem Eindruck ist dieses rhetorische Verfahren, diese semantische Operation, den Antisemitismus der Anderen zu skandalisieren, mithin Selbstreflexion zu verweigern, seit Langem die vorherrschende Masterideologie.

Sie haben über das Allgemeine und das Besondere gesprochen. Was ist das Allgemeine des Antisemitismus, was das Besondere des Antisemitismus gegen Israel?

Es gibt die generelle Vorstellung von jüdischer Macht. Die Juden sind machtvoll, stecken dahinter, sind die treibende Kraft hinter was auch immer – dem Kapitalismus, dem Bolschewismus, dem Imperialismus. Das wäre das Allgemeine, so wie es sich mit „Rothschild“ oder anderen Symbolisierungen bewirtschaften lässt. Man kann dieses paranoide Wahngelbte natürlich auch mit Israel illustrieren, was zu anderen Konkretionen von Antisemitismus führt. Während es im Fall der Rothschilds, salopp gesagt, um das Finanzkapital geht, denkt jemand, der sich auf Israel fokussiert, eher an so etwas wie koloniale Macht, an den Nahostkonflikt, die enge Bindung zwischen Israel und den USA. Allerdings dürfte unübersehbar sein, dass eine imaginiert diffuse, freilich jüdische Macht in beiden Konkretisierungen von Antisemitismus das grundlegende Stereotyp liefert.

Nun wachen Menschen ja nicht eines morgens auf und sagen zu sich vor dem Spiegel: „Ab heute bin ich Antisemit“. Man lernt das, es wird organisiert. Wer sind im Moment die wichtigen Propagandisten und Organisatoren des Antisemitismus?

Da muss man auf unterschiedliche Felder schauen. Bleiben wir zunächst beim „Antisemitismus der Anderen“, ob nun muslimisch oder migrantisch. Denken Sie an die Rolle, die Erdogan spielt, die DITIB, die Grauen Wölfe, diese faschistische türkische Organisation. Dann gibt es trotz aller Versuche, derlei zu unterbinden, Propaganda in den Neuen Medien, etwa Propagandafilme iranischer Produktion, die über Streamingdienste angeboten werden, obwohl sie hierzulande eigentlich verboten sind. Wiederum anders liegt der Fall bei den Evangelikalen, die ganz legal antisemitische Stereotype verbreiten, oder in der AfD und bei der Neuen Rechten. Faktisch haben wir mit verschiedenen Akteuren und Institutionen in diesem Feld zu tun, die andauernd ideologische Angebote machen.

Für eine wirklich erschließende Analyse ist die Frage wichtig, welchen Bedarf diese Angebote eigentlich bedienen. Welche psychischen und sozialen Prozesse machen Menschen empfänglich für antisemitische Ideologien? Dazu müsste man sich nach meiner Überzeugung wieder mit den älteren, jedoch immer noch instruktiven Forschungen aus der Frankfurter Schule beschäftigen. Eine der Schlüsselfragen ist zweifelsohne diejenige nach der Formierung von Selbst- und Kollektivbildern. Judenbilder sind nur zu verstehen, wenn man sie in Bezug setzt zu Selbst- und Wir-Bildern. Der Sinn eines abgrenzenden Feindbildes ist die Konturierung und Stabilisierung eines Selbstbildes. Dabei ist das zentrale Selbstbild, um das es im Antisemitismus geht, ein nationales. Solche Zusammenhänge sind für die Stabilisierung einer Eigengruppe wichtig. Von Bedeutung ist zudem die Verbreitung von Niedergangs- und Degenerationsvorstellungen, beispielsweise Slogans wie „Deutschland schafft sich ab“. Die Vorstellung eines allmählichen Abwirtschaftens, Herabsinkens durch Globalisierung, Kapitalismus, Migration. Das sind Imaginationen, die für Antisemitismus empfänglich machen. Und das alles findet auf dem unverändert fruchtbaren Boden des in Jahrhunderten in unsere Religion, unsere Kultur, unsere Selbstverständnisse eingeschliffenen Antisemitismus statt.

In den 1990er-Jahren hatte ich den Eindruck, dass es gewiss noch antisemitische Überzeugungen gebe, dass aber – wer sie äußere – bürgerlich tot sei. Das hat sich geändert.

Da wäre ich vorsichtig. Werner Bergmann hat in seiner Habilitationsschrift „Öffentliche Konflikte und kollektive Lernprozesse. Antisemitismus in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989“ sehr gut aufgearbeitet, wie im Verlauf dieser vier Jahrzehnte im Medium von Skandalen, politischen Kontroversen und öffentlichem Streit ausgehandelt wurde, was in der alten BRD öffentlich gesagt werden kann, ohne als antisemitisch identifiziert und damit als faschistisch, nationalsozialistisch oder rechtsextrem skandalisiert zu werden. Das sogenannte Tabu war ständig umkämpft. Stand das Urteil „antisemitisch“ einmal fest, galten die jeweiligen Protagonisten als Nazis, als Leute außerhalb des öffentlich-demokratisch-bürgerlichen Diskurses.

Nach meinem Eindruck hat sich diese Vermessung des diskursiv Akzeptablen nach 1989 relativ schnell verändert, was mit dem Erstarken des Nationalismus und dem Aufstieg der Neuen Rechten zu tun hat. Und was an dieser Rechten neu ist, hat Volker Weiß in seinen Sondierungen treffend beschrieben: Die rechten Akteure hatten eine Lektion absolviert. Würden sie wie die alte Rechte in der Apologie des Nationalsozialismus verharren, bliebe ihnen der Vorwurf von Holocaustleugnung, Volksverhetzung und Verharmlosung des

Dritten Reichs auch weiterhin nicht erspart. Sie würden dem altbundesrepublikanischen Verdikt nicht entkommen. Also haben sie das Problem geschickt umschifft, leider mit bemerkenswertem Erfolg. Heutzutage kaschieren sie ihren Antisemitismus mit einem rassistischen „Antisemitismus der Anderen“ und israelfreundlichen Reden im Deutschen Bundestag.

Aber die Neue Rechte, würden Sie doch sagen, ist immer noch antisemitisch?

Ja, die schlagenden Beweise findet man, wenn man sich deren Quellen und Vordenker anschaut. Auch die empirische Sozialforschung, die nach antisemitischen Einstellungen und ihrer Korrelation mit dem Wahlverhalten fragt, unterfüttert diesen Befund. Seit Jahren fallen die Ergebnisse ähnlich aus: Auf der rechten Seite des Parteienspektrums nimmt die Zahl der Antisemiten kontinuierlich zu, unter AfD-Wählern ist sie sehr viel höher als etwa unter denen der SPD.

Wenn wir über verschiedene Antisemitismen reden: Verbindet der Antisemitismus diese Milieus oder entwickeln sie je eigenen Antisemitismus getrennt voneinander?

Beides ist richtig, selbst wenn es zunächst widersprüchlich klingt. Zunächst bleibt festzuhalten, dass der Antisemitismus eine Brückenideologie ist. Viele seiner zentralen Elemente und Muster übergreifen die links/rechts- oder religiös/säkular-Unterscheidung. Insofern können sich verschiedene Milieus durchaus einhellig etwa auf das Klischee von der jüdischen Macht verständigen. Solche Augenblicks-Querfronten kommen immer wieder zustande. Gerade sehen wir, wie Menschen, die sich für links halten, der Hamas applaudieren, einer Organisation, die nun definitiv nicht links, sondern islamistisch, faschistisch ist. Selbst Frauen beklatschen die Hamas in völliger Ignoranz gegenüber dem Umstand, dass der 7. Oktober eine unglaublich sexistische, spezifisch gegen Frauen gerichtete Gewalttat der Hamas war – einmal ganz abgesehen davon, dass nach einer Machtergreifung der Hamas von Frauenrechten bestimmt keine Rede mehr wäre. Man sieht schlaglichtartig, über welche Abgründe mithilfe des Antisemitismus Brücken geschlagen werden können.

Wahr bleibt andererseits aber auch, dass solche Brücken nicht besonders stabil und tragfähig sind. Die Neue Rechte zum Beispiel hat prinzipiell kein Interesse an einer Verbrüderung mit der arabischen Bevölkerung. Dem steht ihr fundamentaler Rassismus im Wege. So finden sich Antisemiten vor das Problem gestellt, dass es auf ihren Märkten gleichzeitig immer auch Konkurrenzangebote gibt. Die mit Abstand Dämlichsten sind in

diesem Kontext linke Antisemiten, die die Hamas feiern, obwohl sie deren erste Opfer wären. Da ist die Rechte schlauer.

Viel wird nun darüber diskutiert, welche Antisemitismus-Definition man der Bekämpfung des Antisemitismus zugrunde legen sollte. Welche schlagen Sie vor? Welcher soll man folgen?

Die wissenschaftliche Antwort ist sehr schlicht: Es braucht auf jeden Fall mehrere Definitionen. Ganz generell steht doch fest, dass weit und breit kein einziges, irgend relevantes soziales oder kulturelles Phänomen existiert, das sich auf nur eine Weise definieren ließe. Für die historischen Sozialwissenschaften ist das der Normalfall. Wer anders verfährt, operiert vor- oder antiwissenschaftlich. Im Übrigen sind Definitionen stets Hilfsmittel, die man nicht mit Gottes Wort verwechseln sollte. Es sind nur Werkzeuge, Abkürzungen, die Problemlösungen erleichtern können. Eine Begriffsbestimmung liefert also keine hinreichende Darstellung dessen, was ist. Max Weber definiert gern und oft in ein bis drei Sätzen – dann folgen kleingedruckt zwanzig Seiten. Webers Definitionen sind überdies untereinander verzahnt. Sein Begriff des sozialen Handelns erschließt sich mir nicht, wenn ich nicht vorher Webers Definition von Handlung zur Kenntnis genommen habe. Da Definitionen, anders gesagt, nicht ohne Kontexte zu haben sind, ist jede Fetischisierung einer Definition anti-wissenschaftlich und bildungsfeindlich. Was wäre damit gewonnen?

Ja, was soll das?

Es kursieren mehrere Antisemitismus-Definitionen. Sie sind mal mäßig, mal schlecht. Ich finde keine toll. Ich selbst habe die Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus (JDA) unterstützt, weil sie besser ist als die Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Wie vielen anderen Kolleginnen und Kollegen schien auch mir notwendig, die Mehrzahl möglicher Definitionen hervorzuheben. Die IHRA-Definition wurde staatlicherseits dann in einer Weise durchgesetzt, die wüste Konsequenzen hat. Welche Folgen es hat, wenn von Staats wegen über die Wahrheit befunden wird, lässt sich gerade beobachten. Da tut sich in der Tat ein prinzipielles Problem auf. Ich halte das jetzt praktizierte Vorgehen für schlechterdings demokratiefeindlich. Wir haben nach unserer Verfassung nicht nur garantierte Wissenschaftsfreiheit, sondern auch einen Staat, der sich jenseits der Gesetzgebung aus Fragen dieser Natur rauszuhalten hat. Es handelt sich um Fragen, die der Gegenstand von wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Deliberation sind. Durch Beschlüsse wie die BDS-Resolution des Deutschen Bundestages oder den

jüngsten Beschluss der Kultusministerkonferenz zum Antisemitismus verbindliche Normen setzen zu wollen jenseits der Verfahren zur Gesetzgebung – das ist prinzipiell katastrophal. Der BDS-Beschluss ist kein Gesetz, fungiert faktisch aber als Grundlage rechtsförmiger Förderentscheidungen, von denen große Teile der Zivilgesellschaft existenziell abhängig sind. Das ist die Lage. Ich halte dieses Vorgehen für grundfalsch. Hinzu kommt, dass die IHRA-Definition in einigen Punkten problematisch ist.

In welchen?

Man muss nur die ersten Zeilen lesen, um zu erkennen, dass sie schwerlich die Grundanforderungen einer Definition erfüllt, wie sie in der Wissenschaftstheorie ausführlich diskutiert wurden. Diese Anforderungen werden hier jedoch souverän ignoriert. Der erste Satz lautet: „Antisemitismus ist eine Wahrnehmung von Juden ...“ Falscher geht es nicht. Antisemitismus ist keine Wahrnehmung, sondern eine Projektion und Konstruktion. Adorno sprach vom „Gerücht über die Juden“. Der zweite Satz ist eine Kann-Formulierung: „kann als Hass ...“. So ließe sich eine Definition unter Umständen aufstellen, nur müsste, wenn sie denn brauchbar sein soll, im gleichen Atemzug geklärt werden, was ist, wenn die Kann-Bestimmung nicht eintritt. Was kann außer „Hass“ noch sein? Was ist Judenfeindschaft ohne Hass? Der „Antisemitismus der Vernunft“, von dem Hitler schrieb?

Ein weiteres Problem dieser Definition ergibt sich aus dem vermeintlichen Vorzug, dass sie Beispiele heranzieht. Dabei handelt es sich jedoch überwiegend um israelbezogenen Antisemitismus. Damit bekommt eine Definition, die als allgemeine Definition von Antisemitismus auftritt, eine gehörige Schlagseite. Wichtige andere Aspekte des Antisemitismus werden entweder gar nicht benannt oder nur am Rande gestreift. Erstaunlicherweise wird der zentrale Topos von der jüdischen Macht, dem Einfluss von Geld, Lobbyismus und gesteuerter Presse kaum erwähnt. Wir beweisen unseren Anti-Antisemitismus durch den Fokus auf den israelbezogenen Antisemitismus, ergo die rückhaltlose Unterstützung Israels, das ist die unterlegte Suggestion. Aus ihr folgt im Umkehrschluss, pro-israelisch eingestellt zu sein, sei eo ipso anti-antisemitisch. In einer solchen Engführung liegt das Problem. So konnte diese politische Definition, die vor zwanzig Jahren aufgestellt wurde, ein fragwürdiges Eigenleben entfalten, ohne eine wasserfeste rechtliche oder solide wissenschaftliche Grundlage zu offerieren.

Ich spitze das zu, um es besser zu verstehen: Diese Definition zum Fetisch zu erheben, ist nicht nur un- und anti-wissenschaftlich, es ist auch politisch falsch. Es wiegt die

Leute in Sicherheit, wo sie doch anfangen müssten, nachzudenken. Die BDS-Resolution war politisch und wissenschaftlich ein Fehler. Wäre es nicht dennoch sinnvoll, BDS in Deutschland zu verbieten, weil BDS weltweit Antisemitismus organisiert?

Das kann man so nicht sagen. BDS ist keine Organisation, sondern ein diffuses Gebilde, das nicht zentral organisiert ist. Wie wollen Sie das mit rechtsstaatlichen Mitteln verbieten?

Ist es ein Netzwerk?

Netzwerk wäre schon viel gesagt. Man kann nicht Mitglied des BDS sein, was ein Verbot selbstverständlich erschwert. Weil dem Gesetzgeber diese Problematik klar, ein Verbot also kaum umsetzbar war, hat er stattdessen die Dummheit begangen, einen nicht rechtsverbindlichen Beschluss zu fassen. In allen Prozessen, die daraufhin geführt wurden, hat die staatliche Seite verloren. Ich halte BDS für ein wirkliches Problem, dennoch kann man nicht sagen, dass BDS in allen Hinsichten antisemitisch ist. Angesichts all der Skandale der letzten Zeit scheint mir fragwürdig zu sein, dass als hinreichender Beleg für Antisemitismus ausreicht, wenn irgendjemand irgendwann mal einen Boykott-Aufruf unterschrieben hat, selbst wenn sich die Leute heute davon deutlich distanzieren. Wir erzeugen insgesamt eine gesellschaftliche und politische Situation, die nur noch schwarz oder weiß kennt. Man geht davon aus, klar zu haben, was Antisemitismus ist, selbst selbstverständlich komplett frei davon zu sein und glasklar einschätzen zu können, dass die Anderen antisemitisch sind. Wir lassen den Gedanken nicht mehr zu, dass es Bereiche gibt, über die wir streiten müssten. So landet man notorisch im simplifizierenden Entweder-Oder. Dabei sollte uns doch bewusst sein, dass sich Demokratie, Bildung und Aufklärung nicht fördern lassen, ohne sich andauernde diskursive Anstrengungen zuzumuten. Wir hingegen reden so gut wie nur noch über Maßnahmen zur Repression. Daher fürchte ich, dass die Antisemitismuskritik im Moment dabei ist, ihre Qualität als Kritik, ihre Tiefenschärfe und ihre Orientierung an Aufklärung und Selbstreflexion zu verlieren.

Würde die Tatsache akzeptiert, dass wir den Antisemitismus in unserem Leben, auch im Leben der gerade erst Geborenen, nicht loswerden, bleibt nichts anderes und Besseres zu tun, als sich der Praxis einer permanenten Aufklärung zu verschreiben, die sich der Sisypchos-Situation bewusst ist. Und in dieser Situation ist stets abzuwägen, wo Repression erforderlich und wo der Antisemitismus aufklärerisch zu bekämpfen ist. Einen Verzicht auf Selbstkritik, Argumentation und Auseinandersetzung halte ich immer für gefährlich.

Klaus Holz

Klaus Holz, Dr. habil., ist Soziologe und Antisemitismusforscher. Er war langjähriger Generalsekretär der Evangelischen Akademien in Deutschland. 2021 veröffentlichte er gemeinsam mit Thomas Haury „Antisemitismus gegen Israel“ (Hamburger Edition). Er ist einer der Herausgeber des im Januar 2024 erschienenen Buches „Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft“ (Wallstein Verlag).

Jens Bisky

Dr. Jens Bisky ist Germanist und arbeitet am Hamburger Institut für Sozialforschung als Redakteur der Zeitschrift Mittelweg 36 sowie des Internetportals Soziopolis. (Foto: Bernhardt Link /Farbtonwerk)

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Stephanie Kappacher, Jens Bisky.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/in-der-sisyphos-situation.html>